

# ***BERLIN IST EINE MULTIKULTURELLE STADT – WER DAS IN FRAGE STELLT, STELLT BERLIN IN FRAGE***

*Begrüßungsrede von Volker Ratzmann zum traditionellen migrationspolitischen Frühjahrsempfang  
der Fraktion Bündnis90/Die Grünen am 29.03.2005*

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

ich freue mich, dass Sie wieder so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind. Sie sind unserer Einladung gefolgt – aber eigentlich sind sie gar keine „Gäste“, denn: Sie sind hier in ihrem Haus, dem Parlament unserer Stadt, in ihrem Land – egal ob Sie den deutschen Pass besitzen oder nicht. Viele in diesem Land haben das noch nicht begriffen, sie sprechen von Gästen in unserem Land, von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, von Parallelgesellschaften.

Wenn Sie unten auf die Tafel im Eingang geschaut haben werden sie gesehen haben, dass die CDU parallel zu unserem Empfang eine Veranstaltung haben „Abschied von der multikulturellen Gesellschaft“. Besser kann man den Unterschied nicht deutlich machen, die CDU verabschiedet sich von der Vielfalt der Kulturen, wir begrüßen sie.

Berlin ist eine multikulturelle Stadt – wer das in Frage stellt, stellt Berlin in Frage.

Sie reden wieder über deutsche Leitkultur, unter die sich alles unterzuordnen hat – zumindest soweit es aus dem Ausland kommt. Die CDU verkündet das Scheitern von Multikulti und reduziert die Probleme der integrativen Einwanderungsgesellschaft auf die Notwendigkeit, die Werte des christlichen Abendlandes als Grundlage unserer Gesellschaft gegen das Fremde zu verteidigen.

Es gibt keine Menschen aus der Türkei, aus Korea, Vietnam, Russland oder dem Kosovo mehr – es gibt nur noch Deutsche und die Anderen. Wer so an die Probleme herangeht, macht die Augen zu vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, der wird sie verschärfen, nicht lösen.

Wir brauchen keine Einbürgerungstests und schon gar keine Staatsbürgerkundeprüfung a la Hessen. Ich bin übrigens fest davon überzeugt, dass ein großer, großer Teil der Deutschen ausgebürgert werden müsste, wenn sie den Test machen müssten. Was soll uns das den helfen. Das einzige, was damit erzeugt wird, ist Stigmatisierung.

Wir alle wissen: Kulturelle Unterschiede erzeugen gesellschaftliche Reibung. Die brauchen wir, nur so entsteht etwas neues.

Aber sie bringt auch Konflikte mit sich, natürlich. Plurale, multi-kulturelle Gesellschaften sind kein Ort der Harmonie und des Laisser-faire. Aber ihre Grundlage ist ein Ergebnis des Aushandelns und des kulturellen Wandels - nicht des staatlichen Diktats auf der Grundlage einer vermeintlichen Leitkultur.

Die müssen wir lösen, aber, wir wollen sie hier lösen, wir wollen uns ihrer nicht entledigen, indem wir die Menschen, die jahrelang hier gelebt haben abschieben, weil Sie oder ihre Eltern vor langer Zeit aus einem anderen Land zu in die Bundesrepublik kamen.

Und natürlich gibt es hier Regeln, Gesetze. Die gelten für alle. Und es gibt Werte – solche, die über lange Jahrzehnte gewachsen, erfahren, ja erkämpft sind – Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Individualität, Rechtsstaatlichkeit, die Würde des Menschen– wer das in Frage stellt, stellt uns alle in Frage und sie zu verletzen rechtfertigt nichts auch keine kulturelle Differenz.

Und es ist Aufgabe des Staates diese Werte zu schützen. Und es gibt Werte auf die müssen wir uns

neu Verständigen –Vielfalt, Austausch zwischen den Kulturen. Das ist Arbeit und das erfordert Engagement – von den Deutschen, von TürkInnen, von PolInnen, von VietnamesInnen – kurzum von allen, die hier zusammen leben.

Dazu müssen wir eine gemeinsame Sprache sprechen, in jeder Hinsicht. Es ist für mich selbstverständlich, dass das die Deutsche sein muss. Natürlich. Aber: Das setzt voraus, dass allen die das wollen, sie erlernen müssen, ohne Drohung, ohne Sanktion. Es ist absurd das Recht zum hier bleiben, davon abhängig zu machen, wie gut jemand Deutsch spricht. Entscheidend ist, dass es die Möglichkeit gibt die Sprache zu lernen. Daran hapert es.

Und nur wer für sich, seine Kinder, seine Familie ein Perspektive sieht, wird sich aufmachen Neues zu lernen.

Das zu vermitteln, muss Integrationspolitik leisten und das funktioniert hier nicht. Berlin ist die Einwanderungsstadt in der Republik, hier leben wie in keiner anderen Stadt, die meisten Kulturen friedlich nebeneinander.

Hier müssen wir zeigen, dass Einwanderung in Deutschland funktioniert. Und wir Grüne wollen das. Deshalb haben wir Leitlinien auf unserem vorletzten Parteitag verabschiedet, deshalb haben wir in der Fraktion einen 15 Punkte Katalog erarbeitet – wir wollen die Einwanderungsgesellschaft gestalten.

Lassen Sie mich kurz drei Punkte ausführen:

1. Nur wer sich mit der Grundlage unserer Gesellschaft auseinandersetzen kann, kann entscheiden, ob und wie er hier leben will. Wir brauchen keine Einbürgerungstests sondern verständliche Wertevermittlung. Dazu brauchen wir verständliches Material, in unterschiedlichen Sprache und dazu brauchen wir Sie. Nur wenn wir das gemeinsam vermitteln, werden wir erfolgreich sein
2. Bildung, Bildung, Bildung – die fängt in der KiTa an; mehr LehrerInnen, geschult um mit Multikulturalität umzugehen, Einbeziehung der Eltern in den Schulalltag, gezielte nachschulische Förderung für die, die keinen ausreichenden Schulabschluss haben, zusammen mit der Wirtschaft
3. Arbeit, Arbeit, Arbeit – Integrationsbeauftragte in den Jobcentern, Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Jobcentern, Netzwerke vor Ort, um mit kleinen Betrieben zusammenzuarbeiten. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen ist unser größtes Problem.

Berlin muss sich endlich dazu bekennen „Einwanderungsstadt“ zu sein. Mit einem Leitbild, das mobilisiert und zum Mitmachen einlädt.

Dazu gehört, dass Integration in der politischen Landschaft eine andere Bedeutung bekommt.

NRW hat ein Ministerium für Integration, warum nicht in Berlin eine Senatsverwaltung, die auch für Integration zuständig ist.

Warum dieser zentrale Moloch Ausländerbehörde, Warum kann ich meinen Personalausweis im Bürgeramt verlängern, warum können sogar Einbürgerungen in den Bezirken vorgenommen werden, nicht aber die normale Bearbeitung von Aufenthaltstiteln.

Warum muss das ganze bei der Innenverwaltung sein? Deren Kultur ist die Kultur der Begrenzung von Zuwanderung, wichtig für uns ist die Kultur der Integration. Und da aus einem Terminator kein Integrator wird, sollte die Ausländerbehörde einer anderen Senatverwaltung unterstellt werden – warum nicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Arbeit, da liegen die Probleme.

Nur wer Perspektiven erkennt und wenn nicht für sich dann für seine Kinder, der wird mitgestalten an einer neuen Grundlage, wird sich einbringen und sich wohlfühlen – das wollen und das brauchen wir.

Antoine de Saint-Exupéry, der Autor des kleinen Prinzen hat einmal gesagt „Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.“

Unser Meer ist die Vielfalt Berlins. Wir haben große Sehnsucht danach und wollen sie teilen, mit Ihnen. Wir wollen reden und diskutieren über unsere Vorschläge, über ein multikulturelles Berlin – und das wird so bleiben, nicht nur jetzt in der Opposition, sondern auch nach dem 17. September.